

Abteilungsleiter 2

Bonn, den 3. Dezember 1991
ge

69
43

Über
Herrn Chef des Bundeskanzleramtes

-4. Dez. 91
zu 4/12

Herrn Bundeskanzler

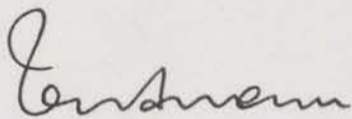
Betr.: Ihr Telefongespräch mit Präsident Michail S. Gorbatschow,
Dienstag, 3. Dezember 1991, 14.05 Uhr bis 14.15 Uhr

Anlg.: - 1 -

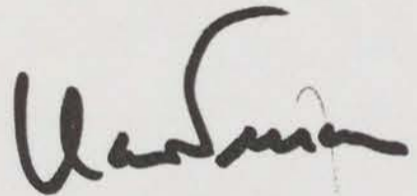
Hiermit lege ich mit der Bitte um **Genehmigung** einen Vermerk über Ihr
o. a. Telefongespräch vor.

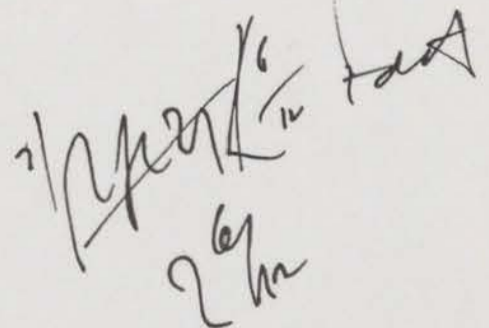
Zugleich erbitte ich Ihre **Zustimmung**, daß - wegen der Aussagen zum Thema
Ukraine - Herr Bundesminister Genscher Doppel zur persönlichen Unter-
stützung erhält.

Ni



(Dr. Hartmann)





70
44

Telefongespräch des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident
Michail S. Gorbatschow

Der Bundeskanzler begrüßt Präsident Gorbatschow (G.) herzlich, dieser erwidert die Grüße und erkundigt sich nach dem Ergehen von Peter Kohl.

Der Bundeskanzler schildert die gut verlaufene Genesung. Er fragt sodann nach der weiteren Entwicklung in der Sowjetunion.

G. betont, vor ihm lägen jetzt entscheidende Tage und Wochen, in denen es um die Neubildung der Union und um Reformfortschritte gehe. Höchste Priorität genieße dabei die Staatsbildung (gemeint wohl: Erhaltung der Union als Staat). Er - G. - erinnere an das letzte Gespräch mit dem Bundeskanzler in Kiew. Mit der Lösung dieser Frage stehe und falle alles, was er betreibe. Werde sie nicht bald im positiven Sinne gelöst, drohe gesellschaftliche und wirtschaftliche Desintegration.

Offen gesagt - so G. - seien die Dinge bisher noch in vernünftigen Bahnen gehalten worden. Wenn man aber weitere ein bis zwei Monate verliere, werde es ernsthafte Probleme hinsichtlich der Verwirklichung der Reformen geben - dann sei alles in Frage gestellt.

G. berichtet sodann, daß zur Zeit unter Vorsitz von Silajew eine Runde der Ministerpräsidenten der "souveränen Staaten" tage, um - auf der Grundlage des russischen Reformprogramms - die weiteren Schritte in der Wirtschaftsreform abzustimmen. Im Staatsrat sei beschlossen worden, daß dieses Gremium solange zusammenbleibe, bis ein Reformprogramm fertig sei.

Er - G. - wolle durch dieses Gremium erreichen, daß einige gefährliche Punkte im Jelzin-Programm entschärft würden. So habe Jelzin noch nicht begriffen, wie wichtig die Zusammenarbeit der Republiken untereinander sei - er habe sich vielmehr zum Teil über deren Belange hinweggesetzt.

Vor allem könne man nicht glauben, daß das Reformwerk mit der Preisfreigabe bereits erledigt sei - vielmehr müsse man die Produktion stimulieren, die bäuerliche Bevölkerung zufriedenstellen, den Arbeitern in den Betrieben Anreize bieten, das Steuersystem stabilisieren und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht erhalten.

...

Von kürzlichen Reisen nach Sibirien und Kirgisien habe er den starken Eindruck mitgebracht, daß die Leute erwarteten, daß jetzt entschieden werde - und zwar sowohl zur Ankurbelung der Produktion als auch zum Schutz der sozial Schwachen.

Neben der Diskussion über Produktion, Marktwirtschaft usw. - so G. weiter - fragten die Leute vor allem, was aus der Union werde.

Am Vorabend des Referendums in der Ukraine habe es seitens des Weißen Hauses in Washington eine Indiskretion gegeben, wonach das Referendum über die Frage der Abtrennung der Ukraine von der Union stattfinde. Er - G. - sei daraufhin mit Briefen und Anrufen bestürmt worden, durch Präsidentendekret das Referendum zu verbieten.

Die Leute hätten Angst vor dem Zerfall der Union - es gebe sogar eine noch größere Mehrheit für den Erhalt der Union als beim seinerzeitigen Referendum am 17. Juni.

Der Entwurf des Unionsvertrages liege jetzt den Parlamenten der einzelnen Republiken vor, und er - G. - habe gerade heute einen Appell an alle Parlamentarier gerichtet, diesen Entwurf sofort auf die Tagesordnung zu setzen und ihm zuzustimmen. Aber da der Bundeskanzler inzwischen mit G.'s "nächstem Nachbarn" (gemeint Jelzin) Kontakt gehabt habe, werde er verstehen, daß in diesem Zusammenhang noch große Arbeit zu leisten sei.

Wichtig sei vor allem, Schwankungen Jelzins zu verhindern.

Er - so G. weiter - habe auch ausführlich mit Krawtschuk gesprochen, und dieser habe ihm zugesichert, man könne hinsichtlich der künftigen Zusammenarbeit auf ihn rechnen. Dieses Thema sei jetzt das hauptsächliche, das ihn - G. - beschäftige.

Hinsichtlich der Versorgungslage stehe es in den Städten Moskau, Leningrad (sic!), Tscheljabinsk und Swerdlowsk ziemlich schlecht, in anderen größeren Städten gehe es besser, nicht zuletzt dank der deutschen Hilfe. Insgesamt müsse unbedingt vermieden werden, daß die Leute auf die Straße gingen.

Der Bundeskanzler fragt, wie G. die Lage in der Ukraine einschätze.

G. erwidert, daß Referendum habe nicht der Frage nach dem Austritt gegolten, sondern nur nach der Unabhängigkeit, so wie dies die anderen Republiken auch schon vor längerer Zeit erklärt hätten. Allerdings seien dort die Fragen nicht so formuliert worden, daß jetzt von einigen interessierten Leuten die Dinge so ausgelegt werden könnten, als sei über die Trennung von der Union entschieden. Auch Krawtschuk habe sich in diese Kampagne hineinziehen lassen.

Hierzu müsse er - G. - mit aller Offenheit feststellen, daß, wenn die Dinge ausuferten und die Trennung endgültig werde, eine noch schlimmere Situation entstehe als heute in Kroatien! Deshalb sei jetzt seine wichtigste Aufgabe, diesen Prozeß zu kontrollieren und in geordnete Bahnen zu leiten, insbesondere die Ukraine in Sachen Unionsreform an den Tisch zu bekommen. Er werde deshalb Krawtschuk, wenn das endgültige Ergebnis des Referendums vorliege, eine Grußbotschaft an den Obersten Sowjet der Ukraine übermitteln, in dem er zugleich die Ukraine "zum großen Reformwerk an der Union" einladen werde.

In dieser Frage habe er - G. - ein hartes Telefongespräch mit Präsident Bush gehabt - er habe ihn ausdrücklich gebeten, sich in der Frage der Anerkennung der Ukraine nicht zu übereilen.

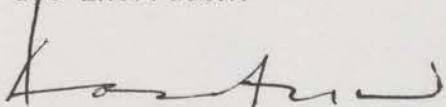
Der Bundeskanzler wirft ein, daß würden wir auch unsererseits nicht tun.

G. dankt - diese Erklärung sei sehr wichtig, denn man müsse unbedingt eine Zwickmühle vermeiden. Er wolle einen vernünftigen Prozeß der Zusammenarbeit mit Deutschland fortsetzen, die die Ukraine einbeziehe.

Der Bundeskanzler und G. vereinbaren, in der nächsten Woche wieder zu telefonieren.

G. hofft auf weitere gute Zusammenarbeit, insbesondere in der Perspektive des deutschen G-7-Vorsitzes.

Das Telefongespräch endet mit dem Austausch persönlicher Grüße, auch an die Ehefrauen.



(Dr. Kaestner)